

tung „BZ“ die Überschrift in jedem Fall gelungen: „Pfarrer zur Bundeswehr!“. Der Gegenstand des Berichtes: die im Reichskonkordat von 1933 (in einem Geheimanhang: „Im Falle einer Umbildung des gegenwärtigen deutschen Wehrsystems im Sinne der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht . . .“) und im Wehrpflichtgesetz festgeschriebene Befreiung von Pfarrern und Priestern von der Wehrpflicht und die damit verbundene Rückstellung von Pfarrern und Priesteramtskandidaten.

Was die drei zu diesem Thema befragten Politiker – der Ex-Verteidigungsstaatssekretär *Peter Kurt Würzbach* (CDU), der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, *Walter Kolbow*, und *Jürgen Koppelin* (FDP) – äußern, wird einleitend gar zum „Tabubruch“ stilisiert: Würzbach will das Privileg für Pfarrer bei der Wehrpflicht, den „alten Zopf aus Hitlers Zeiten“ abschneiden; jeder Bürger habe schließlich die Möglichkeit, den Waffendienst aus Gewissensgründen zu verweigern, und Geistliche bräuchten hier keine Sonderrolle: „Auch Soldaten sind gute Christen“. Kolbow begründet seinen Vorstoß zur Beendigung dieses „Ausnahmetatbestandes“ mit dem veränderten Auftrag der Bundeswehr von der Landesverteidigung hin zu humanitären Maßnahmen, die den Rekurs auf das fünfte Gebot – den er diesem Privileg zugrunde liegen sieht – nicht mehr gelten lasse. Pragmatisch und mit Gespür für leere Staatskassen schlägt Koppelin vor:

„Theologiestudenten könnten sich – ähnlich wie die der Medizin – zunächst zurückstellen lassen, um später als Militärseelsorger Dienst zu tun.“ Dies sei sinnvoll und spare auch noch Geld. Ohne Zweifel ist das Thema „Wehrpflicht“ virulent, nicht nur vor dem Hintergrund der Umstrukturierung der Bundeswehr und einem deutlich veränderten Aufgabenprofil, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der *Wehrgerechtigkeit*, die angesichts der massiven Reduzierung der Truppenstärke kaum noch zu gewährleisten ist. Auch die weiter wachsende Zahl der Zivildienstleistenden stellt grundsätzliche Fragen: Mit dem Rückgang der Bereitschaft, die

Wehrpflicht zu erfüllen, schwindet auch die grundsätzliche Akzeptanz einer Wehrpflichtarmee. Der dringende Bedarf an Wehrdienstleistenden kann demnach eigentlich kaum der Grund für den jüngsten Vorstoß sein, am staatskirchenrechtlich garantierten Privileg der Geistlichkeit zu rütteln.

Wenn auch einiges dafür sprechen mag, daß über kurz oder lang in Deutschland der Aufbau einer Freiwilligenarmee auf der Tagesordnung stehen wird, und sich das Problem quasi von selbst erledigen könnte, ist der Vorstoß der Politiker, obwohl er in seiner Platzierung und unter Aktualitätsgesichtspunkten betrachtet einigermmaßen „sommerlochverdächtig“ sein mag, bemerkenswert.

Darauf verweist auch die Reaktion des evangelischen Militärgeneraldekans, *Johannes Ottemeyer*: Er habe prinzipiell nichts gegen eine Einbeziehung von Pfarrern zum Wehrdienst einzuwenden. Die evangelischen Militärbischöfe hätten schon früher zum Ausdruck gebracht, daß sie die Wehrdienstbefreiung ihrer Pfarrer für nicht mehr sonderlich zeitgemäß hielten, wegen der Gleichbehandlung der evangelischen und katholischen Kirche habe man die Wehrpflicht für Pfarrer bisher jedoch nicht thematisiert. In der evangelischen Kirche gebe es keinen Unterschied zwischen Pfarrern und Laien, daher gelte: Was Gemeindemitglieder dürfen, darf auch der Pfarrer, und was sie nicht dürfen, darf auch der Pfarrer nicht.

Mit welcher Begründung die katholische Kirche das unter anderen historischen Bedingungen entstandene Privileg der Freistellung ihrer Geistlichen vom Wehrdienst wahrnimmt, muß heute, dies zeigt die kleine Auseinandersetzung in der „BZ“, in einem offenen Dialog neu erklärt werden. Formulierungen, wie sie auch noch der CIC von 1983 benutzt – „Weil der Militärdienst dem klerikalen Stande weniger angemessen ist . . .“ (c. 289 §1) –, denen die jahrhundertlang unangefochtene Sonderstellung des Klerikers gegenüber dem Laien zugrunde liegt, sind heute

kaum mehr zu vermitteln und überdies auch theologisch fragwürdig.

An Mißverständnissen, die in der Polemik gegen die staatskirchenrechtliche Vereinbarung anklingen, kann der katholischen Kirche nicht gelegen sein, etwa in diesem Sinne: Sie nutze dieses Privileg noch im Verständnis eines Gratian, der im 12. Jahrhundert formulierte: „Es gibt zwei Arten von Christen. Die eine Art ist diejenige, die den göttlichen Dienst, der Betrachtung und dem Gebet übereignet ist und sich von allem weltlichen Lärm fernhalten muß. Dies sind die Kleriker und Gott-Geweihten, das heißt die Mönche. Die andere Art von Christen ist diejenige der Laien.“

fo

„Popestock“

Weltjugendtage, der Papst und die katholische Selbstgewißheit

Der eigentliche Anlaß der 60. Auslandsreise des Papstes, die Johannes Paul II. nach Jamaika, Mexiko und zum drittenmal in die Vereinigten Staaten (vgl. ds. Heft, S. 482) führte, war der sogenannte *Weltjugendtag* in der Hauptstadt des US-Bundesstaates Colorado, Denver. Für Denver als Veranstaltungsort des vom *Päpstlichen Laienrat* organisierten, bereits zu einer Institution gewordenen achten Mammut-Jugendtreffens dieser Art sprach einiges: die *attraktive Lage* der Stadt am Fuß der Rocky Mountains; die Tatsache, daß Denver gleich in mehrfacher Hinsicht als *junge Stadt* gelten kann: wegen ihres niedrigen Altersdurchschnitts, aber auch wegen ihres selbst für amerikanische Verhältnisse *schnellen Wachstums*.

Nicht zuletzt aber dürfte für Denver die Tatsache gesprochen haben, daß in dieser Stadt – bei einem Anteil von 14 Prozent Katholiken an der Gesamtbevölkerung – ein Bischof seinen Sitz hat, in dem der Papst in mancherlei Hinsicht und schon zu Zeiten, als er ihn noch nicht zum Vorsteher einer Kirchenpro-

vinz ernannt hatte, innerhalb des sonst für ihn eher schwierigen amerikanischen Umfelds einen Verbündeten hat: Erzbischof *Francis Stafford*.

Denn Weltjugendtage, ob in Rom oder in Buenos Aires, in Santiago de Compostela oder nun in Denver, stehen für eine bestimmte Art, als Kirche auf die Jugendlichen zuzugehen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen, Jugendliche um den Papst und Vertreter des Weltepiskopats zu versammeln. Das Programm der Treffen besteht aus Großveranstaltungen, einschließlich Gottesdiensten, sowie Katechesen, letztere in Denver fast ausschließlich von Bischöfen gehalten. Es sind geistliche Großereignisse, moderne Wallfahrten, sie bieten Gelegenheit, kirchliche Gemeinschaft unter Gleichaltrigen mit internationalem Flair zu erleben.

Entstanden sind die Weltjugendtage, darauf wies in Verbindung mit dem Treffen in Denver erneut der Vizepräsident des Laienrates, der deutsche Kurienbischof *Josef Cordes* hin, in erster Linie aufgrund des starken Echos auf entsprechende Einladungen des Papstes beim Heiligen Jahr 1984 und dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Jahr der Jugend 1985. Je nach dem jeweiligen Veranstaltungsort entwickelte diese Initiative eine durchaus unterschiedliche Dynamik: 600 000 folgten der Einladung 1989 nach Santiago de Compostela. Die größte Resonanz gab es bisher 1991 in Tschenstochau: 1,5 Millionen Jugendliche feierten damals die Öffnung der Grenzen nach Mittel- und Osteuropa. Diese Resonanz hängt immer auch von anderen Faktoren ab als der bloßen Einladung durch den Bischof von Rom: In der deutschsprachigen Werbung einer eigens für die Organisation von Reisen zum Weltjugendtreffen gegründeten Arbeitsgemeinschaft innerkirchlich nicht unumstrittener Gruppierungen für Denver war optimistisch und etwas großspurig von 500 000 Jugendlichen die Rede („das weltweit bedeutendste Jugendtreffen“; „Let's meet the world“), Pressemeldungen sprachen von 300 000 Jugendlichen insgesamt, da-

von 170 000 eingeschriebene Teilnehmer.

Wie immer man zu jener im Vorfeld wie auch beim Treffen in Denver vielfach vorgeführten Mischung aus amerikanischer Verliebtheit in große Zahlen und einer *neuen katholischen Selbstgewißheit* („It's cool to be a catholic“ war auf der Fahne einer New Yorkerin zu lesen, wie der Chronist von „La Croix“ vermerkte) stehen mag – Papst und Laienrat bedienen sich bei diesen Weltjugendtagen eines bekannten Mittels: Ob es die von der *ökumenischen Brudergemeinschaft von Taizé* veranstalteten Gebetstreffen sind, die weit ins politische Italien und darüber hinaus reichenden Sommertreffen von *Comunione e liberazione* in Rimini, die Treffen der Charismatiker in Paray-le-Monial oder die „Mariapolis“ der *Focolarini*, in Deutschland – nicht zu vergessen – die Katholikentage der letzten 15 Jahre mit ihrem hohen Anteil an jugendlichen Besuchern: Trotz aller inhaltlichen Akzentunterschiede handelt es sich bei Großtreffen dieser Art offenbar um einen Phänotyp kirchlichen Lebens, der dem Bedürfnis nach Gemeinschaftserfahrung als Katholiken bzw. Christen mit Minderheitsstatus in ihren jeweiligen Gesellschaften ebenso entgegenkommt, wie er den *Mobilitäts- und materiellen Verhältnissen* der Menschen vor allem in den Industrieländern des Nordens entspricht.

Im Unterschied zu den Treffen anderer kirchlicher Gruppierungen werden mit den Weltjugendtagen jedoch unübersehbar auch *gesamtkirchliche Akzente* gesetzt, die in mancher Hinsicht nicht unproblematisch sind. Zum einen fügen sich Veranstaltungen dieser Art in das Selbstverständnis des gegenwärtigen Papstes als *Oberbischof der Universalkirche* sehr genau ein.

Zum anderen erhofft man sich in Zeiten massiver Infragestellung von Glaube und Kirche gerade auch durch Jüngere von den Weltjugendtagen *positive Gegenakzente* – oder wie es in Denver mit einem Wortspiel zu hören war: Dem des Nihilismus und Relativismus gezielten „Woodstock“ der endsechziger Jahre setzt man ein sich entschieden

werteorientiert gebendes „Popstock“ der neunziger entgegen.

Daß die Rezeption solcher Initiativen bei den Jugendlichen anderen Gesetzen gehorcht, als es die Veranstalter erhoffen, aber auch mancher Skeptiker befürchtet, ist so ernüchternd wie entlastend: Die Motive und die inhaltliche Strukturierung eines solchen Treffens sind das eine, die Motive und Erwartungen der Jugendlichen etwas anderes. Oder wie es der französische Militärbischof *Michel Dubost* ausdrückte: „Die einen Jugendlichen kommen wegen, die anderen trotz des Papstes“ (La Croix, 10.8.93). nt

Glaubwürdig

Misereor übt Kritik an der deutschen Entwicklungspolitik

Deutliche Worte fielen auf beiden Seiten, vielleicht auch klärende – auf jeden Fall waren sie nötig. Bei der Vorstellung des *Misereor*-Jahresberichtes 1992 und in einem Rundfunkinterview hatte der Hauptgeschäftsführer des Hilfswerkes *Misereor*, *Norbert Herkenrath*, die gegenwärtige deutsche Entwicklungspolitik mit einigen kritischen Anmerkungen versehen, insbesondere die Höhe des deutschen Entwicklungshilfetat – den die Bundesregierung auf dem Vorjahresstand eingefroren hat – und die Bedingungen, die mit der Vergabe von Entwicklungshilfemitteln verbunden werden.

Die Reaktion des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Form einer zweiseitigen Presseerklärung ließ nicht lange auf sich warten: man gab sich gleichermaßen verwundert wie verärgert über eine „Kritik als Selbstzweck“.

Zunächst zeigt diese Kontroverse einmal mehr, daß die Rahmenbedingungen für die Diskussion des so drängenden Themas „Entwicklungszusammenarbeit“ derzeit und wohl auch in